

38.000x JA

list

zum Erhalt der städtischen Wohnungen

linke liste • solidarische stadt

linke liste • solidarische stadt • greiffeneggring 2 • 79098 freiburg • www.lisst.de • kontakt: listt-freiburg@web.de

Ein JA zum Erhalt der Stadtbau-Wohnungen

Im Geleitwort zum Geschäftsbericht 2005 „dankt“ OB Salomon „allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2005.“ Wir wissen, wie der Dank aussehen soll. Die Stadtbau soll komplett verkauft werden, die Entscheidung soll der Gemeinderat nach einer Ausschreibung Mitte nächsten Jahres treffen.

Mit der Stadtbau würden rund 7.900 Mietwohnungen verkauft mit insgesamt rund 500.000 Quadratmeter Wohnraum. Diese Wohnungen befinden sich auf Grundstücken mit insgesamt 160 Hektar auf Freiburger Gemarkungsfläche. Das entspricht nahezu der gesamten besiedelten Fläche Weingartens mit 163 ha oder – um ein anderes Beispiel zu nennen – der gesamten besiedelten Fläche Zähringens mit 163 ha. Diese 160 ha teilen sich auf in 110 ha Grundstücke im Eigentum der Stadtbau und 50 ha Grundstücke der Stadt, für die die Stadtbau das Erbbaurecht hat. Die Mieter der Stadtbau bezahlen laut Geschäftsbericht

der Stadtbau in 2005 durchschnittlich 4,82 € e Quadratmeter, während auf dem freien Markt ca. 6,50 € bezahlt werden mussten. Für die Instandsetzung und Modernisierung des Bestandes hat die Stadtbau allein in 2005 rund 7,9 Mio. € investiert und mit dem Bau von weiteren 55 Mietwohnungen begonnen.

Die Freiburger Stadtbau gehört zu den 5 großen Wohnungsunternehmen in Baden-

Württemberg. Seit ihrer Gründung 1919 sieht sie die Daseinsvorsorge als ihre Hauptaufgabe an: dazu gehört vor allem, attraktive, bezahlbare Wohnungen und Eigenheime für die Freiburger Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

Mit einem JA am 12. November sollten wir alle klarstellen, daß wir zu dieser Verpflichtung stehen.



Klar, die Kassen sind leer, aber wussten Sie schon ...

... dass der Freiburger Gemeinderat seit rund 10 Jahren die Anträge der Fraktion „Linke Liste/Unabhängige Frauen“ bzw. „Unabhängige Listen“ (seit 2004) ablehnt, durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer zusätzliches Geld einzunehmen?

... dass - obwohl die klamme Haushaltslage seit dem Frühjahr bekannt ist - die Rathausspitze in Freiburg die Verabschiedung des Nachtragshaushalts so spät im Jahr angesetzt hat, dass eine Anhebung der Gewerbesteuer für dieses Jahr nicht mehr möglich war?

Beim Lesen des Gemeindefinanzberichtes 2006...

Schaut man über die Stadtgrenzen Freiburgs, wozu der Gemeindefinanzbericht 2006 des Städtetages, der dieser Tage erschien, einlädt, so wird deutlich wie klein kariert die Argumentationsmuster unseres OBs und des Kämmerers zur Haushaltssanierung via Verkauf der Stadtbau sind. „Nachhaltige Konsolidierung“ des städtischen Haushalts wird versprochen, wenn die Stadtbau GmbH verkauft wird. Lassen wir einmal unberücksichtigt, daß der Stadt jedes Jahr Millionen an Stadtbau-Einnahmen verloren gehen, daß gewaltige Folgekosten auf die Stadt zukommen, wenn der ausschließlich an Rendite interessierte Investor ganze Häuserzeilen verkommen lässt, um Geld zu sparen und daß eine sofortige Ablösung der Kredite mit Laufzeiten bis 2015 wirtschaftlich unsinnig wäre, wir also weiter Schulden haben werden und Zinsen zahlen müssen, dann bleibt vor allem die Frage: wieso verschweigen Salomon und Neideck, daß angesichts einer drastischen Unterfinanzierung aller Gemeinden die Haushaltsentwicklung entscheidend davon abhängen wird, ob Bund und Land weiterhin ihre Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Gemeinden abwickeln können oder nicht.

Neideck weiß, daß Freiburg wie viele andere Städte durch die „Sozial“gesetzgebung des Bundes in 2005 runde 10 Mio. € mehr als angenommen ausgeben musste, daß die Gewerbesteuermehrereinnahmen in 2004 aufgefressen wurden durch Streichungen des Landes, die sich aus der den Kommunen zustehenden Finanzausgleichsmasse bedienen, daß alle Gift- und Sparlisten der Stadt bei weitem nicht das auffangen konnten, was die Stadt auf diese Weise verlor. Planmäßig verschwiegen wird in der ganzen Debatte, daß die Unterdeckung des Verwaltungshaushaltes mit den katastrophalen Folgen für die Investitionstätigkeit der Stadt kein Freiburger Problem ist, auch wenn ein Blick in die veröffentlichten Tabellen zeigt, daß eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 400 auf 440 nicht nur finanzpolitisch notwendig, sondern auch zu einer immer noch moderaten Gewerbesteuer in

Freiburg führt. Alle vergleichbaren Verwaltungshaushalte landauf-landab sind defizitär und zwar weit höher, als der Freiburger Haushalt.

Beträgt das Gesamtdefizit des Freiburger Verwaltungshaushaltes in 2005 runde 34 Mio. € oder 6,2% der Gesamtausgaben, so gibt es in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und NRW Defizite die weitaus höher sind, oft bis zu 40% des Verwaltungshaushaltes ausmachen (Mainz 48,5%, Ludwigshafen 30%, Kaiserslautern 44%, Kassel 42%, Offenbach 52,4%, Leverkusen 30% usw.). Aus dem Bericht: „Selbst im Durchschnitt der aufgeführten Städte war 2005 fast ein Viertel der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ungedeckt“. Die Folge: die Städte verschulden sich derzeit weiter mit der Folge wachsender Zinslasten.

In dieser Situation, angesichts der Abhängigkeit auch Freiburgs von zentralen Entscheidungen bei Einnahmen wie Ausgaben, gibt es keine Insellösungen. Der von Salomon und Neideck erweckte Eindruck, daß wir bei einem Verkauf der Stadtbau der Bevölkerung auf Dauer einen ausgeglichenen Haushalt garantieren könnten, ist falsch. In Wirklichkeit, und deshalb lehnen andere Gemeinden, so schlecht es ihnen auch gehen mag, diesen Weg ab, sind wir in vielfacher Hinsicht ärmer geworden.

Besonders übel ist die Behauptung, bei einem Erfolg des Bürgerentscheides würde mangels genehmigten Doppelhaushalt ein Kahlschlag bei den „freiwilligen Leistungen“ erfolgen. Bereits die Behauptung, der nächste Doppelhaushalt würde nicht genehmigt, hängt völlig in der Luft. Die Eckdaten dieses Haushaltes sind nicht bekannt und hängen wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung und vom Verlauf der Verhandlungen zwischen Städtetag und Bund hinsichtlich der Unterbringungskosten sowie im Land hinsichtlich der Finanzausgleichsmasse ab. Auch in der Vergangenheit gab es oft schwierige Verhandlungen mit dem RP und sie endeten immer mit einer Genehmigung, nicht zuletzt im Hinblick auf die erheblichen Anstrengungen der Stadt

um eine Haushaltskonsolidierung. Aber auch bei einem nicht genehmigten Haushalt würde das RP die Stadt nicht anhalten, die Zuschüsse an die Sportvereine, Kulturgruppen etc. zu streichen oder massiv zu kürzen. Diese Zuschüsse sind bereits soweit zusammengestrichen, daß es der Stadt nicht schwer fallen wird darzulegen, daß bei weiteren Kürzungen diese Bereiche zusammenbrechen, was auch aus rechtlichen Gründen nicht möglich wäre: So wie der Thüringer Verfassungsgerichtshof am 21.6.05 entschieden hat (ebenso die Landesverfassungsgerichte in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) haben die Gemeinden einen Rechtsanspruch auf eine angemessene Finanzausstattung. Sie müssen über die Pflichtaufgaben hinaus in der Lage sein, freiwillige Aufgaben zu übernehmen, damit von kommunaler Selbstverwaltung überhaupt die Rede sein könne.

Dieser Weg ist der politisch schwierigere, er verlangt ein Bewusstsein davon, was wir unter Mindestausstattung einer Gemeinde verstehen, was für uns unverzichtbar ist und daraus folgernd Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem RP, mit Land und Bund, um die Durchsetzung dieser Mindeststandards für eine Stadt, die sich nicht Stück für Stück an Privatinvestoren übereignen lässt.

Wer natürlich der Meinung ist, daß Stadtbau-Wohnungen bei einem Privatinvestor besser aufgehoben sind, daß sich die Stadt damit nur sinnvoll „verschlankt“, dem wird jedes Argument recht sein, um diesen Weg zu gehen. Salomon und Neideck gehören dazu: sie würden auch bei einem ausgeglichenen Haushalt für den Verkauf eintreten, mit der Begründung, daß die Schulden abgebaut werden müssten und wären sie abgebaut, würden sie damit argumentieren, daß Rücklagen gebildet werden müssen. So entpuppt sich die Haushaltsargumentation als willkommenes Vehikel, um das als unausweichlich erscheinen zu lassen, was man aus ideologischen Gründen durchsetzen will.

Michael Moos

Klar, die Kassen sind leer, aber wussten Sie schon ...

... dass gut 10.000 deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen sind und uns Steuerzahler diese Einsätze jährlich über 1 Mrd.€ kosten? Der Libanoneinsatz allein kostet z.B. 46 Mio. € (2006) und 147 Mio. € (2007).

... dass allein die rot-grüne Bundesregierung über 7 Mrd. € für Auslandseinsätze ausgegeben hat und die große Koalition noch die Ausweitung solcher Einsätze anstrebt?

... dass 27,87 Mrd. € (2006) für den „Verteidigungs“-Etat ausgegeben werden? Das sind 10,6 % des Bundeshaushalts (262 Mrd. € in 2006). Angela Merkel forderte unlängst weitere Erhöhungen.

Eine Zukunft für Freiburg MIT den städtischen Wohnungen ist möglich!

Alternativen zum Stadtbau-Verkauf

Zwei Ziele stehen dafür an:

- a) für 2007/08 einen genehmigungsfähigen städtischen Haushalt aufzustellen und
b) ab 2010 ein Plan zur dauerhaften Erhöhung der Einnahmeseite sowie zur Entschuldung für die nächsten 10 Jahre.

Sofortmaßnahmen für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2007/2008:

1. Verkauf der 1000 städtischen Wohnungen an die Freiburger Stadtbau GmbH (FSB)

Erlös: ca. 70 Mio €, das entspricht einer jährlichen Entlastung ca. 4 Mio €

Ganz ausdrücklich hat der Regierungspräsident (RP) in einem Gespräch mit den Mitgliedern des Gemeinderats bestätigt, was gesetzlich ohnehin festgeschrieben ist: ein RP kann einer GmbH wie der Stadtbau nicht vorschreiben, was sie kauft. Und wenn der RP der Stadt den Verkauf von 8000 Wohnungen der Stadtbau genehmigen würde, dann logischerweise erst recht auch den von 1000 Wohnungen.

2. Erhöhung der Gewerbe-, Grund und Grunderwerbssteuer um jeweils 10% auf 440 bzw. 550 Punkte

Jährliche Mehreinnahmen für die Stadt: ca. 12 Mio €, langfristig durch Änderungen bei den Schlüsselzuweisungen vermutlich reduziert auf ca. 7 bis 9 Mio €.

Die Gewerbesteuer wurde übrigens seit über 14 Jahren nicht erhöht.

Ganz wichtig ist: Laut aktuellster Steuerschätzung vom Oktober 2006 belaufen sich die Mehreinnahmen für 2006 auf ca. 16 Mio €, davon allein ca. 7 Mio € bei der Gewerbesteuer.

Die Grundsteuer kommt übrigens nur zu

rund 1/6 aus dem Mietwohnungsbau. Die von uns vorgeschlagene Erhöhung würde bei einer 3-Zimmer-Wohnung rund 2 €/Monat ausmachen.

3. Abführung eines Teils der Gewinne der Sparkasse entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten

Kurzfristige Mehreinnahmen für die Stadt: 1 Mio €, danach aufgrund neuer Regelungen in der Gewährträgerversammlung später 3 Mio €/Jahr möglich

4. Entnahme eines Teils der Stadtwerte-Rücklagen (Gesamthöhe 50 Mio €)

Jährliche Entlastung für den städt. Haushalt 0,5 Mio €

Jährliche Gesamtentlastung: 17- 18 Mio € (zusammen aus den Punkten 1-4)

Wichtig! Diese Alternativvorschläge werden bei sofortiger Umsetzung bereits wirksam für das Jahr 2007! Die Gefahr von Kürzungen bei Zuschüssen für Schulen, Soziales, Kultur und Sport besteht daher im kommenden Jahr 2007 keineswegs! Ein Verkauf der Stadtbau allerdings würde sich rein finanziell erst später auswirken auf den Haushalt im Jahr 2008!

38000xJa bedeuten ein JA für mehr Bürgerbeteiligung in Haushalts- und Finanzfragen der Stadt Freiburg für die kommenden drei Jahre, Transparenz und ausführliche demokratisch organisierte Debatten bis in alle Stadtteile hinein.

Mittelfristige Maßnahmen ab 2010

1. Verkauf der 50 ha städtischen Grundstücke, auf denen sich Gebäude der Freiburger Stadtbau GmbH befinden, an die FSB oder besser: an eine zu gründende „Freiburger BürgerInnen-Genossenschaft“

Erlös ca. 140 Mio € das entspricht einer jährlichen Entlastung des Haushalts von ca. 8 Mio €.

Diese Genossenschaft sollte in ihre Satzung aufnehmen, dass ein evtl. künftiger Verkauf der Grundstücke nur an die Stadt Freiburg, bzw. die Stadtbau möglich ist. Die Grundstücke werden so dauerhaft jeglicher Spekulation entzogen.

2. Verkauf von Wohnungen an Mietergenossenschaften z.B. entsprechend dem Modell der „Thomas-Armbuster-Genossenschaft“, die vor Jahren das Hochhaus Krozinger Strasse 4 kaufen wollte.

3. Verkauf von Erbpachtgrundstücken an private Hausbesitzer, die Interesse am Erwerb der Grundstücke haben.

4. Fortführung der Verwaltungsreform
5. Konzerthaus und Neue Messe mit Erweiterung verkaufen. Gesamte aufgelaufene Schulden dieser beiden Renommierprojekte: 170 Mio €. Jährliche Einsparung für die Deckung der Defizite: 6-7 Mio €.

Eine Zukunft für Freiburg mit Wohnungen und ohne Schulden

Diese Maßnahmen können nicht nur genehmigungsfähige Haushalte der Stadt Freiburg in den nächsten Jahren sichern, sie würden ohne einen Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH den städtischen Haushalt strukturell weit stärker entlasten als ein einmaliger und unumkehrbarer Wohnungsverkauf. Sie würden auch eine Entschuldung der Stadt Freiburg bis zum Jahr 2015 ermöglichen, ohne dass sogleich neue Schulden entstehen.

38 000 x JA zu Alternativen mit Bürgerbeteiligung am 12. November!

Sofortige Totalentschuldung ist unmöglich

Eine Entschuldung der Stadt „auf einen Schlag“? Klingt verlockend. Geht aber nicht und ist von der Rathausspitze gar nicht vorgesehen.

Die Kredite laufen z.T. bis zum Jahre 2015, in den Jahren 2007/08 sind nur Kredite in Höhe von ca. 70 Mio € rückzahlbar. Die Rathausspitze will den Erlös von 510 Mio € anlegen und die Kredite nach und nach ablösen. Da aber Haben-Zinsen niedriger sind als Soll-Zinsen, macht die Stadt auf diese Weise ca. 4 Mio € Miese pro Jahr.

Kein besonders verantwortungsbewusster Umgang mit unseren Steuergeldern.

Fortress: Auf Einkaufstour für die Börse

Unersättlicher Wohnungsriese: Gagfah, Nileg, LEG, Dresden

Seit der US-amerikanische Finanzinvestor Fortress 2004 die Wohnungsgesellschaft Gagfah mit bundesweit über 80.000 Wohnungen von der BfA kaufte, befindet sich der neue Wohnungsriese auf Schlemmertour durch Deutschlands Städte.

Hannover servierte die Landesentwicklungsgesellschaft Nileg, Düsseldorf ein großes Paket LEG-Wohnungen, Dresden den gesamten kommunalen Wohnungsbestand. Der Heißhunger ist noch lange nicht gestillt: Die Rest-LEG steht ebenso auf dem Speiseplan wie Wohnungsunternehmen in Süddeutschland. In scharfer Konkurrenz zu Annington stehend, will Fortress alle Aufkäufe möglichst bald als REITs an die Börse bringen.

Quelle: www.mieterforum-ruhr.de

Keine Steuergeschenke für Großverdiener

Die ARD-Sendung Monitor berichtete am 28.9.06 von internen Berechnungen aus dem Bundesministerium für Finanzen. Demnach zahlten die deutschen Kapitalgesellschaften im Jahr 2005 auf Grund legaler Steuertricks 25 Mrd. Euro zu wenig Steuern auf ihre üppig sprudelnden Gewinne. Das entspricht ziemlich genau den erwarteten Einnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Entgegen allen propagandistischen Lügen von wegen zu hoher Steuerzahlungen sank die effektive Besteuerung der deutschen Kapitalgesellschaften laut Monitor seit 1999 von 24 auf 16% und liegt damit fast am Ende der EU-Länder.

Diese Steuergeschenke machen zusammen mit den Ausfällen wegen der drastischen Absenkung des Spitzensteuersatzes den größten Teil jener mehr als 60 Mrd. Euro aus, die den öffentlichen Haushalten derzeit jährlich fehlen durch die Absenkung des staatlichen Steuerquote von über 23 auf nur noch 20%.

Erreicht wurde dies durch die unsägliche Steuerreform 2000. Hauptsächlich Konzerne und Reiche wurden dabei großzügig beschenkt und die öffentlichen Haushalte in existenzielle Probleme gezwungen. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck („mit einer Steuerquote von inzwischen nur noch 20% können die

Bevölkerung geänderte Struktur der Steuereinnahmen und sonstiger Zahlungen, die die öffentlichen Kassen ausbluten lässt. Deshalb kann ein Verkauf der Wohnungen die Misere in keiner Weise beheben: das strukturelle Defizit auf Grund mangelnder Steuereinnahmen wird damit nicht behoben. In kürzester Zeit werden sich die Schulden höher als zuvor anhäufen, wenn wir es nicht schaffen, die Gründe anzugehen.

Deshalb muss zunächst der in keiner Weise hilfreiche Verkauf öffentlichen Eigentums (nicht nur der Wohnungen!!) verhindert werden. Gleichzeitig gilt es, das Ausbluten öffentlicher Kassen zu stoppen; Verbündete in diesem Bestreben werden wir leicht finden in allen anderen Kommunen, denen das Wasser bis zum Hals steht. Ein Schritt, der von den Gemeinden selbst beschlossen werden kann, ist die längst fällige Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer.

Darüber hinaus gilt es - und das möglichst sofort - denen das Handwerk zu legen, die statt aus ihren Fehlern zu lernen, dabei sind, noch eins drauf zu setzen. Minister Steinbrück trommelt für eine weitere Steuerreform, die den Konzernen noch einmal 5 Mrd. Euro netto jährlich zusätzlich schenken soll und der gleiche Politiker fordert ausgerechnet jetzt, wo Menschen auch aus seiner Partei gegen den Verkauf ihrer Wohnungen kämpfen, die Bedingungen für den Verkauf öffentlicher Wohnungen in Deutschland müssten massiv erleichtert werden.

Es gibt viel zu tun, auch nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid.

Martin Klaus



Allein die Firma E.ON zahlte 3 Mrd. Euro weniger, als sie nach den offiziellen Sätzen zu zahlen gehabt hätte: bei einem ausgewiesenen Gewinn vor Steuern von 10,24 Mrd. Euro waren dies statt 4 Mrd. gerade mal eine Milliarde.

Aufgaben eines Staates nicht mehr erfüllt werden“) hat wie viele andere die fatalen Auswirkungen der eigenen Politik der vergangenen Jahre zwar erkannt, Konsequenzen hat er leider (noch) nicht aus seinen Erkenntnissen gezogen. Und die Reaktionen anderer CDU-Größen auf Herrn Rüttgers Feststellungen lassen auch nicht auf eine angesagte Kursumkehr hoffen. Er sprach von einer „Lebenslüge der CDU“ in Form des Glaubens an positive Auswirkungen derartiger Steuergeschenke an Großkonzerne.

Diese willentlich massiv abgesenkten Steuereinnahmen des Staates sind eine Hauptsache für unser Schuldenproblem. Wer sich die Zahlen anschaut, sieht sehr schnell, dass nicht, wie Herr Salomon ständig behauptet, das angebliche „Leben über unsere Verhältnisse“ das strukturelle Defizit der Stadt ausmacht; es ist die zu Lasten der breiten

Impressum

Herausgegeben von

Linke Liste - Solidarische Stadt,
Greiffenegring 2, 79098 Freiburg,
mail: lisst-freiburg@web.de

Redaktionsschluss 14.10.2006
Auflage: 5.000

Redaktion:
Christian Fink, Anne Reyers,
Ulrike Schubert, Hardy Vollmer

Satz: Jürgen Baumeister
Druck: April & Tochter



Erwerbslos in Freiburg ?

„Suchen Sie sich eine Wohnung für 5,62 € pro qm!“

Hartz IV und der geplante Stadtbauverkauf

Hunderte in Freiburg, Tausende in der ganzen Republik bekommen Post, die sie als Drohung verstehen (sollen). In Briefen von der „ARGE“ (in der letzten LISST-Zeitung ist ein solcher Brief dokumentiert) werden die „erwerbslosen Hilfebedürftigen“ darauf hingewiesen, dass ihre Wohnung zu teuer sei und sie sich um Kostensenkung zu bemühen hätten.

Gemeint ist damit die Aufforderung, ein Zimmer unter zu vermieten oder eine Wohnung zu suchen, die den in Freiburg kommunal festgesetzten „Kosten der Unterkunft“ (KdU), sprich Hartz IV-Sätzen entspricht. Alternativ kann der/die Erwerbslose natürlich auch vom (viel zu niedrigen) Regelsatz von 345 Euro monatlich selbst 40 oder 50 Euro drauf zahlen oder Verwandte um Unterstützung bitten.

Was dies mit dem geplanten Verkauf der rund 9000 Stadtbauwohnungen zu tun hat?

Bezeichnenderweise weist die gleiche Stadtverwaltung, die den Verkauf der Freiburger Stadtbau durchsetzen möchte, als Antwort auf Beschwerden darauf hin, es gäbe doch bei eben dieser Stadtbau Wohnungen zu günstigen Preisen...

Tatsächlich gibt es sie dort (noch!) - Wohnungen mit Kaltmieten auch unter 5,62 €/qm, dem Satz, der für FreiburgerInnen im ALG II-Bezug von der Stadt festgelegt wurde. Nur: diese Wohnungen sind belegt und Auszüge verständlicherweise selten, angesichts der qm-Preise auf dem freien Markt! Einzelne freiwerdende Wohnungen der Stadtbau lösen aber nicht die erzwungenen Wohnungsprobleme von Tausenden. Diese Situation würde sich drastisch verschlechtern durch einen Verkauf der Freiburger Stadtbau: Die zu erwartenden, ganz legalen Mieterhöhungen von ca. 5% jährlich (3% plus Inflation) wären nicht nur für alle MieterInnen eine starke Belastung. Für viele EmpfängerInnen von ALG II könnte die Quadratmetermiete im Laufe der Jahre

weit über die kommunal gesetzte Marke von 5,62 € durch dann private Vermieter angehoben werden. Dies wäre alles rechtlich gesehen vereinbar mit der Sozialcharta, auch ohne dass sich an der Wohnsituation irgendetwas zum Guten geändert hätte.

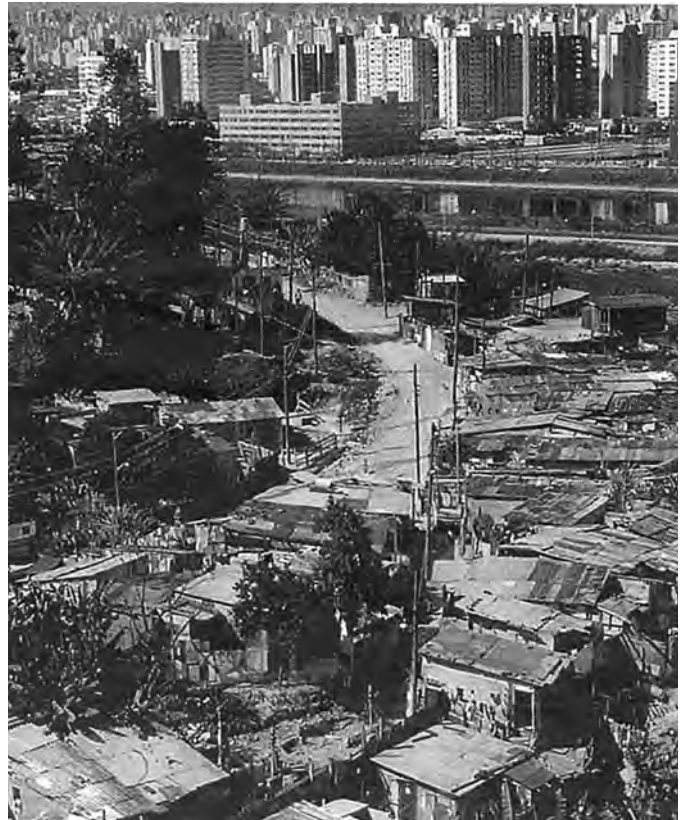
Auch sie bekämen dann Post von der ARGE Freiburg, „Droh“-Briefe mit der Aufforderung, die Kosten zu senken, sprich auszuziehen, Wohnung und Wohnumfeld zu verlassen... Aber wohin?

Zudem: Die von der Stadt zu zahlenden Kosten der Unterkunft fließen bei einem Stadtbauverkauf keineswegs mehr – wenn auch auf Umwegen – ins Stadtsäckel zurück. Sie würden aufgrund eines privaten Eigentümers eben dann auch auf einem privaten Konto verbucht werden bzw. als Aktienkapital „arbeiten“.

Der RUNDE TISCH Hartz IV will gegen den skandalösen Umgang mit BezieherInnen von ALG II angehen. Demnächst wird er die Auswertung von Freiburger Zeitungsanzeigen veröffentlichen, die zeigen, dass es Wohnungen zu den festgesetzten Preisen in dieser Stadt (praktisch) nicht gibt. Das statistische Amt der Stadt Freiburg hat festgestellt, dass die Durchschnittsmiete des freien Wohnungsmarktes bereits zwischen 1999 und 2004 von 7,50 €/qm auf 8,47 €/qm stark angestiegen ist. Erste Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen einen weiteren Anstieg auf 8,77 €/qm 2006.

Wohnungsangebote unter 5,62 €/qm für Erwerbslose gibt es nur ganz vereinzelt. Für Alleinstehende haben wir in fast 5000 Anzeigen übrigens vergeblich nach einem einzigen „passenden“ Angebot gesucht!

Der RUNDE TISCH wird das Ergebnis der Untersuchung veröffentlichen und allen zur Verfügung stellen, die sich gegen derartige repressive Maßnahmen zur Wehr setzen wollen. Der Gemeinderat wird weiterhin aufgefordert, die unrealistische Grenze von 5,62 €/qm deutlich anzuheben.



Weitere Informationen hierzu auf Anfrage per mail an:

runder-tisch-freiburg@web.de

Martin Klaus

Klar, die Kassen sind leer, aber wussten Sie schon ...

... dass für die BRD die jährlichen Steuerausfälle durch Umsatzsteuerbetrug auf ca.17 Mrd.€ (2003) geschätzt werden, Tricks und Steuerakrobatik den Staat deutlich über 20 Mrd.€ kosten und ihm 60 bis 70 Mrd.€ durch Steuerhinterziehung entgehen, ohne dass Politik und Verwaltung etwas dagegen tun?

... dass die Grünen, die SPD, CDU und FDP im Bundestag mit ihrer Steuerpolitik für den Großteil der Einnahmeausfälle ursächlich verantwortlich sind und diese Politik von den jeweiligen Abgeordneten und Parteigliederungen aus Freiburg meist mitgetragen wurde und wird?

ZUKUNFT IN FREIBURG ZUKUNFT IN FREIBURG

Stellen Sie sich vor, es ist das Jahr 2015. Sie leben im wunderschönen Freiburg, sind ganz normale MieterIn einer ganz normalen Vier-Zimmer-Wohnung; Ihre Kinder, zehn und zwölf Jahre alt, schicken Sie auf die Waldorfschule in St. Georgen. Sie wohnen stadtnah, aber doch nicht in der Innenstadt, Ihre Arbeitsstelle und die Ihres Partners/Ihrer Partnerin können Sie mit dem Auto oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen – eine ganz normale Freiburger Familie.



Vor zehn Jahren, da gab es noch Kindergartenplätze; nun, in den Schulen kamen ab und zu Decken herunter, doch auch aus diesem Grund schickten Sie sie in die private Waldorfschule. Das Private lag Ihnen nicht fern, und so stimmten Sie beim Bürgerentscheid 2006 mit ‚NEIN‘. Die Folge: die Freiburger Stadtbau wurde verkauft, um damit den Freiburger Schuldenberg abzubauen – genauso wie es unter anderem auch die Badische Zeitung damals gefordert hatte.

Der Verkauf verbesserte jedoch keineswegs die finanzielle Lage der Stadt, da die altbekannten Strukturen blieben (z.B. der Gewerbesteuersatz ist seit zwanzig Jahren unverändert!). Die Arbeitslosenquote stieg langsam aber kontinuierlich an, so dass sich die Ausgaben für Hartz IV, die der Bund den Städten überlassen hatte, ohne für einen Ausgleich zu sorgen, ebenfalls erhöhten. Der Erwerber der Freiburger Stadtbau zog an der Mietpreisschraube, so dass auch Sie, obwohl kein Mieter der ehemaligen Stadtbau, nun auch höhere Mieten zahlen müssen, da der Mietspiegel, den es in dieser Stadt auch im Jahre 2015 noch gibt, höhere qm-Preise ausweist. Noch schlechter sind da die Mieter der ehemaligen Stadtbau dran: der erste Erwerber hat nach kurzer Zeit die Wohnungen weiter-

verkauft, da gab es wenigstens noch eine Sozialcharta und Hausmeisterdienste. Jetzt wird da gar nichts mehr gemacht und diese Gegenden sind richtige Ghettos geworden: Sie möchten nicht, dass Ihre Kinder dort unterwegs sind.

Wasserversorgung wie in Indien?

Zwei Jahre nach dem Verkauf der Stadtbau-Wohnungen zeichnete sich keine Besserung der finanziellen Lage der Stadt ab: alle Badenova-Anteile wurden verkauft: hier gab es keine Sozialcharta oder ähnliches, der Meistbietende erhielt den Zuschlag; es war ein internationales Finanzunternehmen. Für Sie bedeutete dies: Wasser, Gas und Strom wurden immer teurer. Leider sank die Qualität der gelieferten Ware. Die Wasserrohre werden nicht mehr gewartet (kostet Geld), das Wasser fließt nur stundenweise und dann auch nur als braune Brühe. Bei der Strom- und Gaslieferung ist man auf günstige ausländische Lieferungen angewiesen, die leider nicht regelmäßig erfolgen, so dass Strom und Gasdruck nicht kontinuierlich sind und Sie nicht dann ko-

Vor kurzem erst gab es einen Straßenbahn-Unfall, weil nichts mehr in Personal, Wagen, Schienen und Weichen investiert wurde, obwohl dies in den Verkaufsverhandlungen versprochen wurde: zum Glück gab es nur zwei Tote und achtzehn Verletzte. Sie haben Angst um Ihre Kinder, die die Straßenbahn täglich benutzen müssen.

Nun denken Sie, das gibt es doch nicht! Das wird nicht kommen! Doch, das gibt es bereits heute (im Jahr 2006) z.B. in England, dort ist die Privatisierung sehr weit fortgeschritten, soweit, dass inzwischen die Gemeinden und der Staat u.a. die früher verkaufte Eisenbahn oder die Wasserwerke zurückkaufen müssen, da die jetzigen Besitzer den öffentlich geforderten Auflagen nicht mehr nachkommen, da dies zu teuer ist.

Länder wie Großbritannien, Argentinien und Chile, die nach dem Konzept des Neoliberalismus einen kurzfristigen Anstieg der Wirtschaftskraft zu verzeichnen hatten, befinden sich in schweren Finanzkrisen.

„Wer Privatisierung will, braucht über Alternativen nicht nachzudenken. Wer ein lebenswertes Freiburg für alle Menschen hier will, schon!“

chen können, wann Sie müssen, sondern wann die Lieferung erfolgt (so etwas gab es schon seit den 90iger Jahren in den sogenannten Dritt-Welt-Ländern – erinnern Sie sich? – damals setzten Sie sich für die dortigen Unterprivilegierten ein). Da inzwischen alle Geschäfte 24 Stunden am Tag geöffnet haben, brauchen Sie auch keinen Kühlschrank mehr, der nur den teuren Strom kostete.

Straßenbahn-Unfall aufgrund von schlechten Weichen

Ihre Firma ist leider verkehrstechnisch schlecht angebunden, daher benutzen Sie bis vor kurzen Ihr Auto. Da aber die Lebenshaltungskosten auf Grund der Privatisierung so stark angestiegen sind, mussten Sie es verkaufen und stiegen auf die öffentlichen Verkehrsmittel um. Nun, die VAG wurde auch privatisiert; die Preise stiegen zur Gewinnmaximierung des Erwerbers an: er nannte das „kostendeckend“.

Soweit kann es auch in Freiburg kommen, wenn erst einmal der Privatisierung mit dem Verkauf der Stadtbau Tür und Tor geöffnet wurde. Dann haben in Freiburg Investoren und Konzerne das Sagen, die Gestaltungsmöglichkeiten für Oberbürgermeister und Gemeinderat sind dann abhängig von Strukturen, die die Grünen vor einigen Jahren noch aktiv bekämpften.

Welche Stadt soll Freiburg werden: eine demokratisch-öffentliche Stadt ihrer Bürger oder ... ?

Anne Reyers

Spendenaufwurf für die LisSt-Zeitung

Kontoverbindung:
linke liste - solidarische stadt
Sparkasse Freiburg
Bankleitzahl 680 501 01
Kontonummer 12 11 83 99

Klar, die Kassen sind leer, aber wussten Sie schon ...

... dass in fast allen westlichen Industrieländern (z.B. in den USA, der Schweiz, Großbritannien oder Frankreich) Vermögen deutlich höher als in Deutschland besteuert werden, das innerhalb der EU zu einer Steueroase geworden ist?